

Falls dieser Text nicht richtig angezeigt wird, aktiviert die html-Ansicht des Mail-Programmes oder klickt [hier](#) für die Online-Version.

Rundbrief Christine Buchholz | Dezember 2013

Bundeswehr im In- und Ausland, Blockupy kommt wieder!

Friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen und Freunde,

auch wenn der Bundestag seit drei Monaten nicht arbeitsfähig ist, gibt es eine Menge zu tun. Denn während SPD und CDU um Koalitionsvertrag und Ministerposten streiten, geht der Widerstand gegen Sozialabbau, Krieg und Rassismus weiter.

Schön, dass wir dieses Jahr mit einer positiven Bilanz für die hessische LINKE schließen können. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Euch im neuen Jahr. Bei den lokalen Auseinandersetzungen, der Mobilisierung zu Blockupy 2014, dem Europawahlkampf, bei vielen interessanten Veranstaltungen und natürlich immer wieder dem Aufbau der LINKEN vor Ort.

Alles Gute für 2014,

Eure/Ihre Christine Buchholz

Westen handelt in Afghanistan arrogant und selbstherrlich

Am 11. Dezember hat das Bonner Landgericht die Schadenersatz-Klagen von Hinterbliebenen der Opfer des Kundus-Bombardements in Afghanistan abgewiesen. Bei dem von Oberst Georg Klein im September 2009 befohlenen Luftangriff auf zwei Tankwagen, die entführt und im Kundus-Fluss steckengeblieben waren, kamen mehr als hundert Menschen ums Leben, darunter viele Kinder. Zahlreiche Einwohner benachbarter Dörfer wollten damals Treibstoff vom Tankwagen abzapfen. Sie wurden Opfer eines Kriegsverbrechens. Das Bonner Landgericht urteilte nun, dass dem damaligen Bundeswehr-Kommandeur Oberst Georg Klein kein schuldhafter Verstoß gegen Amtsverpflichtungen nachweisbar sei. Erst daraus hätte sich eine Staatshaftung der Bundesrepublik ergeben können. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer und ein Freibrief für weitere Kriegsverbrechen.

Die westliche Arroganz kann man auch in der Diskussion um das neue Truppenstatut für die NATO-Truppen in Afghanistan finden. Demnach sollen die ausländischen Soldaten Immunität erhalten. Kriegsverbrechen sollen nach dem neuen Truppenstatut weiter passieren können, ohne dass die Opfer klagen können – weder in Afghanistan, noch irgendwo sonst auf der Welt.

Es ist diese Arroganz des Westens, die immer neue Akte des Widerstands und der Verzweiflung hervorrufen werden. Weitere Informationen zu dem [Schadenersatzprozess](#) und mehr Argumente zum [NATO-Truppenstatut](#) finden sich auf meiner Website.

Sudan: Schwarz-Rot instrumentalisiert Entwicklungshilfe, um Militär zu entsenden

Seit der Bundestagswahl setzten Union und SPD mit ihrer großen Mehrheit die Einstellung des normalen Parlamentsbetrieb im Bundestag durch. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz, das die Entscheidung über den Einsatz der Bundeswehr in Auslandseinsätzen in die Hände der Bundestagsabgeordneten legt, erzwang indes die Debatte um die Verlängerung der Mandate UNMISS und UNAMID. Im Rahmen dieser Mandate beteiligt sich die Bundeswehr an Einsätzen in Darfur und Südsudan. Für DIE LINKE kritisierte ich im Plenarsaal den Einsatz der Bundeswehr im Südsudan als Baustein einer Gesamtstrategie, in der Menschenrechte vorgeschoben werden, um die Entsendung deutscher Soldaten in möglichst viele Konfliktherde der Welt zu rechtfertigen. Schlimm, dass nicht nur die SPD, sondern auch die Grünen mal wieder geschlossen für beide Einsätze abgestimmt haben. Meine Rede findet ihr [hier](#).

Protest gegen die Bundeswehr an Schulen – Selbstverständlich

Am 5. Dezember demonstrierte das Gewerkschaftsbündnis „Für eine Schule ohne Militär – Lernen für den Frieden“ vor der Kultusministerkonferenz in Berlin gegen die die Kooperationsvereinbarungen zwischen Landesregierungen und Bundeswehr. Die neue Regierung will mehr Bundeswehr an Schulen, Hochschulen und Ausbildungsmessen. Im Koalitionsvertrag heißt es wörtlich: „Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.“ Wir halten den Protest dagegen für selbstverständlich!



Kundgebung „Für eine Schule ohne Militär – Lernen für den Frieden“ vor der Kultusministerkonferenz in Berlin.

Debatte im DGB: Stimmung gegen Kooperation mit Bundeswehr

Am 30. Oktober fand in Berlin ein „Friedens- und sicherheitspolitischer Workshop“ des DGB statt. Hintergrund war ein vorangegangenes Treffen zwischen dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und Verteidigungsminister de Maizière, auf dem für die Zukunft eine nicht näher bestimmte „Kooperation“ zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr angekündigt wurde. Der Workshop machte nun allerdings überdeutlich, dass es der DGB-Führung nicht möglich ist, auf Schmusekurs mit dem Bundesverteidigungsministerium zu gehen, ohne zugleich massiven Widerstand aus den Gewerkschaften selbst herauszufordern. Von den rund 170 Teilnehmern meldeten sich fast ausschließlich Gegner einer Kooperation mit der Bundeswehr zu Wort. Eine Nachlese zum Thema findet ihr [hier](#).

Solidarität mit dem Widerstand gegen die Troika in Zypern

Die Troika aus EU-Kommission, europäischer Zentralbank und IWF diktieren den in die Krise geratenen Staaten in Europa harsche Bedingungen für die Auszahlung von Krediten. Nun hat es erneut Zypern getroffen. Doch auf der Mittelmeerinsel regt sich massiver Widerstand. In einer Pressemitteilung habe ich mich mit den Protesten vom 14. Dezember solidarisiert. Der Text wurde in griechischer Sprache vor Ort verbreitet. Die deutsche Version findet ihr [hier](#).



Der Slogan der Demo am 14.12." Η ΚΟΙΝΩΝΙΑ ΑΝΤΙΔΡΑ ΚΑΙ ΔΙΕΚΔΙΚΕΙ !" "Die Gesellschaft reagiert und fordert"

Europawahlkampf: Die Linke auf die Straße bringen

Die nächsten Monaten werden auch unter dem Zeichen des Europawahlkampfes stattfinden. [Hier](#) gibt es die Dokumente und alle Informationen zum Europarteitag. Ich werde mich an der Europapolitischen Konferenz des Landesverbandes Hessen am 1. Februar 2014 beteiligen. Gerne komme ich darüber hinaus in die Kreisverbände, um den Programmentwurf des Parteivorstandes vorzustellen und über die Vorbereitungen von Blockupy 2014 zu berichten. Bitte wendet Euch bei Interesse an mein Wahlkreisbüro in Frankfurt.

Blockupy - Startschuss für 2014

Vom 22. bis 24. November fand in Frankfurt am Main die Europäische Blockupy-Aktionskonferenz statt. 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten über die Erfahrungen der Blockaden und Demonstrationen in Frankfurt aus den letzten beiden Jahren und begannen die Planung der Proteste für 2014. Alle Beteiligten waren motiviert, den Blockupy-Prozess weiterzuführen und im nächsten Jahr noch größere und ausstrahlungskräftigere Proteste gegen die Politik der Troika und für ein anderes, solidarisches Europa zu organisieren.



Einen Bericht der Konferenz und aktuelle Informationen findet man unter www.blockupy-frankfurt.org

Wir für 22 – Afrikanische Flüchtlinge in Frankfurt



Barbara Cardenas, Pfarrerin Sabine Fröhlich und Christine Buchholz

Anfang November habe ich gemeinsam mit der hessischen LINKEN-Landtagsabgeordneten Barbara Cárdenas die Gemeinde Cantate Domino in der Frankfurter Nordweststadt besucht, die 22 Flüchtlinge beherbergt.

Wir waren überwältigt von der Spontanität und der Hilfsbereitschaft, mit der sich die Gemeinde und ihre Pfarrerin Sabine Fröhlich den Flüchtlingen angenommen haben. Ihr Engagement steht im krassen Gegensatz zur kaltherzigen deutschen Flüchtlingspolitik. Die Gemeinde hat mittlerweile eine Website eingerichtet, auf der man sich informieren und aktuelle Soli-Termine finden kann. Auch Spenden sind herzlich willkommen. www.wir-fuer-22.de

Kontakt

Meine Wahlkreisbüros in Hessen:

Allerheiligentor 2-4, 60311 Frankfurt
Natalie Dreibus
christine.buchholz@wk2.bundestag.de
Tel.: 069 - 970 979 64
Fax.: 069- 970 979 65

Steingasse 5, 34613 Schwalmstadt
Heidmarie Scheuch-Paschkewitz
heide.scheuch@yahoo.de
Tel.: 06691 – 2204630

Taunusstraße 2, 63067 Offenbach
Lisa Hofmann
christine.buchholz@wk.bundestag.de
Tel.: 069 - 85 09 53 27

In Berlin erreicht ihr mich über Katja Kaba:
christine.buchholz@bundestag.de
Tel.: 030 - 2277 - 50 62

Meine aktuellen Aktivitäten, Initiativen und Reden findet Ihr auch im Internet unter: www.christinebuchholz.de oder auf Facebook: facebook.com/buchholz.christine

Unter <http://christinebuchholz.de/feed/> könnt ihr ein News-Feed abonnieren, d.h. ihr werdet informiert wenn ein neuer Artikel, eine Rede oder Pressemitteilung erscheint.
Wer in größeren Abständen über meine Aktivitäten informiert werden möchte kann sich auch gerne in meinen Verteiler eintragen. Bitte Mail an christine.buchholz@bundestag.de mit dem Betreff "Verteiler"